**TEILNAHMEANTRAG AN DER MARKTERHEBUNG ZUR AUSWAHL EINER IMMOBILIE IM GEMEINDEGEBIET MERAN**

*(auszufüllen, wenn der Antrag von natürlichen Personen gestellt wird)*

Der/die Unterzeichnende ................................, geboren in ................................ (Provinz ....) am ...../...../....., wohnhaft in ................................ (Provinz ....), Straße/Platz ................................, Nr. ....., Steuernummer ................................, Mobiltelefon ................................, E-Mail ................................, (eventuell) zertifizierte E-Mail (PEC) ................................;

*(auszufüllen, wenn der Antrag von einer Gesellschaft oder einem Einzelunternehmen gestellt wird)*

Die Gesellschaft/der Verband ................................, mit Sitz in ................................ (Provinz ….), Straße/Platz ................................, Nr. ...., Steuernummer ................................, MwSt.-Nr. ................................, Tel. ................................, Mobil ................................, E-Mail ................................, PEC ................................, vertreten durch Herrn/Frau ................................, geboren in ................................, am ...../...../....., wohnhaft in der Gemeinde ................................ (Provinz ....), in der Funktion als gesetzliche/r Vertreter/in pro tempore oder Bevollmächtigte/r laut beigefügter Vollmacht, mit Dienstsitz in der Firmenadresse, Tel. ................................, Mobil ................................, E-Mail ................................, PEC ................................,

BEANTRAGT

die Teilnahme an der Markterhebung zur Suche nach einer Immobilie, die als Büroräume für die Marketingabteilung der Kurverwaltung Meran gemäß der Ausschreibung Prot. Nr. 0003317 vom 23/07/2025,

UND BIETET ZUR VERMIETUNG AN

|  |  |
| --- | --- |
| Gesamtbruttogrundfläche der angebotenen Immobilie: | ............. qm |
| Davon als Büroflächen nutzbar (einschließlich Korridore, Sanitärräume, Pausenbereiche, Kopierbereich und Besprechungsraum): | ............. qm |
| Davon als Besprechungsraum nutzbar: | ............. qm |

und gleichzeitig

ERKLÄRT

gemäß und im Sinne der Art. 46, 47, 75 und 76 des D.P.R. Nr. 445/2000 und nach Maßgabe von Absatz 3 der Ausschreibung:

• dass die angebotene Immobilie in ................................, Straße/Platz ................................, im Gebäude-Kataster der Gemeinde Meran unter Blatt ................, Parzelle ................, Unterparzelle ................ eingetragen ist;

• dass die Immobilie, sofern noch Fertigstellungs- und/oder Anpassungsarbeiten notwendig sind, vollständig gebrauchsfertig und in allen Teilen funktionsfähig übergeben wird, entsprechend den in der Offerte angegebenen Eigenschaften und den funktionellen und räumlichen Anforderungen;

• dass der/die Unterzeichnende die Ausschreibung sowie das in Anlage 1 beigefügte Vertragsmuster vollständig zur Kenntnis genommen hat und alle darin enthaltenen Bestimmungen akzeptiert.

WEITERE ERKLÄRUNGEN

1. Der/die Antragsteller/in ist zum Zeitpunkt der Angebotseinreichung sowie zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung Eigentümer/in der Immobilie oder hat die rechtliche Verfügungsgewalt aufgrund folgender Rechtslage: ................................................................. oder verpflichtet sich, diese vor Vertragsunterzeichnung zu erwerben.

2. (für juristische Personen) Die Gesellschaft ist bei der zuständigen Handelskammer eingetragen.

3. (für juristische Personen) Gegen die Gesellschaft und die in Art. 85 des Gesetzesdekrets Nr. 159/2011 genannten Personen bestehen keine Ausschlussgründe nach Art. 67 oder 84, Abs. 4, des genannten Dekrets (Antimafia).

4. (für juristische Personen) Gegen die Gesellschaft bestehen keine der folgenden Situationen:

a) Konkurs, Zwangsliquidation, Vergleichsverfahren oder laufendes Verfahren zur Feststellung solcher Situationen;

b) rechtskräftige Verurteilung durch endgültiges Urteil oder Strafbefehl, der unanfechtbar geworden ist, oder Urteil im Rahmen eines Strafverfahrens nach Artikel 444 der Strafprozessordnung (Vergleich im Strafverfahren); für eine der folgenden Straftaten:

i. Delikte, begangen oder versucht, gemäß den Artikeln 416, 416-bis des Strafgesetzbuches, oder Delikte, die unter Ausnutzung der in Art. 416-bis vorgesehenen Bedingungen begangen wurden, oder mit dem Ziel, die Tätigkeit der in diesem Artikel genannten Vereinigungen zu fördern; ebenso Delikte, begangen oder versucht, gemäß Art. 74 des D.P.R. vom 9. Oktober 1990, Nr. 309, Art. 291-quater des D.P.R. vom 23. Januar 1973, Nr. 43, sowie Art. 260 des GvD vom 3. April 2006, Nr. 152, sofern sie der Beteiligung an einer kriminellen Organisation zuzurechnen sind, wie sie in Art. 2 des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates definiert ist;

ii. Delikte, begangen oder versucht, gemäß den Artikeln 317, 318, 319, 319-ter, 319-quater, 320, 321, 322, 322-bis, 346-bis, 353, 353-bis, 354, 355 und 356 des Strafgesetzbuches sowie gemäß Art. 2635 des Bürgerlichen Gesetzbuches;

iii. Falsche Unternehmensmitteilungen gemäß den Artikeln 2621 und 2622 des Bürgerlichen Gesetzbuches;

iv. Betrug im Sinne von Artikel 1 des Übereinkommens zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;

v. Delikte, begangen oder versucht, mit terroristischem Ziel, auch international, oder mit dem Ziel der verfassungswidrigen Umsturzbestrebung; terroristische Straftaten oder mit terroristischen Aktivitäten zusammenhängende Straftaten;

vi. Delikte gemäß den Artikeln 648-bis, 648-ter und 648-ter.1 des Strafgesetzbuches; Geldwäsche aus kriminellen Tätigkeiten oder Terrorismusfinanzierung gemäß Artikel 1 des GvD vom 22. Juni 2007, Nr. 109, in der jeweils geltenden Fassung;

vii. Ausbeutung von Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels gemäß GvD vom 4. März 2014, Nr. 24;

viii. Jede andere Straftat, die als Nebenfolge den Ausschluss von Vertragsabschlüssen mit der öffentlichen Verwaltung nach sich zieht;

mit Maßnahmen, die ergriffen wurden gegenüber:

• der Mitglieder des Verwaltungsrats, denen die gesetzliche Vertretung übertragen wurde, einschließlich der Prokuristen und Bevollmächtigten, der Mitglieder der Leitungs- oder Aufsichtsorgane sowie der Personen mit Vertretungs-, Leitungs- oder Kontrollbefugnissen, des technischen Direktors oder des Alleingesellschafters (natürliche Person) bzw. des Mehrheitsgesellschafters bei Gesellschaften mit höchstens vier Gesellschaftern, sowie im Fall anderer Gesellschaftsformen oder Konsortien;

• der unter dem vorherigen Punkt genannten Personen, die innerhalb des Jahres vor dem Veröffentlichungsdatum der vorliegenden Ausschreibung aus dem Amt ausgeschieden sind (es sei denn, der Bieter weist nach, dass eine vollständige und tatsächliche Distanzierung vom strafrechtlich relevanten Verhalten erfolgt ist).

c) schwere Verstöße gegen Steuer- und Abgabenpflichten.

5. Hinsichtlich der Sozialversicherungsbeiträge erklärt der/die Antragsteller/in:

 Es bestehen keine Verstöße, die zu einer irregulären Position führen; oder alternativ:

 Der/die Antragsteller/in beschäftigt keine Arbeitnehmer.

6. (für juristische Personen, Gesellschaften und Vereinigungen auch ohne Rechtspersönlichkeit) Es wurde keine Sperrmaßnahme gemäß Art. 9, Abs. 2, Buchstabe c) des GvD 231/2001 oder gemäß Art. 14 des GvD 81/2008 verhängt.

7. (im Falle einer natürlichen Person, eines Einzelunternehmens oder einer Personengesellschaft)
Der/die Bieter/in erklärt, dass hinsichtlich seiner Person (gegebenenfalls: sowie aller anderen Miteigentümer/innen, Nutznießer/innen oder sonstiger Berechtigter) keine der folgenden Situationen vorliegen:

a) Insolvenzverfahren, Zwangsliquidation, gerichtlicher Vergleich oder laufendes Verfahren zur Feststellung einer dieser Situationen;

b) rechtskräftige Verurteilung durch Urteil oder Strafbefehl, der unanfechtbar geworden ist, oder Urteil auf Antrag der Parteien gemäß Artikel 444 der italienischen Strafprozessordnung für eine der folgenden Straftaten:

i. Delikte, begangen oder versucht, gemäß den Artikeln 416, 416-bis des Strafgesetzbuches, sowie Straftaten, die unter Ausnutzung der in Art. 416-bis vorgesehenen Bedingungen oder mit dem Ziel begangen wurden, die Tätigkeit der in diesem Artikel genannten Organisationen zu fördern; ebenso Straftaten gemäß Art. 74 des D.P.R. vom 9. Oktober 1990, Nr. 309, Art. 291-quater des D.P.R. vom 23. Januar 1973, Nr. 43 und Art. 260 des GvD vom 3. April 2006, Nr. 152, sofern sie der Beteiligung an einer kriminellen Organisation zuzurechnen sind, wie sie in Artikel 2 des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates definiert ist;

ii. Delikte, begangen oder versucht, gemäß den Artikeln 317, 318, 319, 319-ter, 319-quater, 320, 321, 322, 322-bis, 346-bis, 353, 353-bis, 354, 355 und 356 des Strafgesetzbuches sowie gemäß Artikel 2635 des Bürgerlichen Gesetzbuches;

iii. Falsche Unternehmensmitteilungen gemäß den Artikeln 2621 und 2622 des Bürgerlichen Gesetzbuches;

iv. Betrug im Sinne von Artikel 1 des Übereinkommens zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;

v. Delikte, begangen oder versucht, mit terroristischem Ziel, auch international, oder mit dem Ziel der verfassungswidrigen Umsturzbestrebung; terroristische Straftaten oder mit terroristischen Aktivitäten zusammenhängende Straftaten;

vi. Straftaten gemäß den Artikeln 648-bis, 648-ter und 648-ter.1 des Strafgesetzbuches; Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung gemäß Artikel 1 des GvD vom 22. Juni 2007, Nr. 109 in der jeweils geltenden Fassung;

vii. Ausbeutung von Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels gemäß GvD vom 4. März 2014, Nr. 24;

viii. Jede andere Straftat, die als Nebenfolge die Unfähigkeit zur Vergabe öffentlicher Aufträge nach sich zieht;

mit Maßnahmen ergriffen gegenüber:

• dem/der Bieter/in selbst, wenn es sich um eine natürliche Person handelt;

• dem/der Inhaber/in, wenn es sich um ein Einzelunternehmen handelt;

• den Gesellschaftern, wenn es sich um eine offene Handelsgesellschaft (OHG) handelt;

• den Komplementären, wenn es sich um eine Kommanditgesellschaft handelt;

• den oben genannten Personen, die innerhalb des Jahres vor der Veröffentlichung der vorliegenden Ausschreibung aus dem Amt ausgeschieden sind (es sei denn, der/die Bieter/in weist nach, dass eine vollständige und tatsächliche Distanzierung vom strafrechtlich relevanten Verhalten erfolgt ist);

c) endgültig festgestellte schwere Verstöße gegen die Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben gemäß der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Landes, in dem der/die Bieter/in niedergelassen ist.

8. Hinsichtlich der Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge erklärt der/die Antragsteller/in, gemäß der italienischen Gesetzgebung oder der Gesetzgebung des Staates, in dem er/sie ansässig ist:

 dass keine Verstöße vorliegen, aus denen eine irreguläre Beitragslage resultiert; oder alternativ:

 dass er/sie keine Arbeitnehmer beschäftigt.

9. Der/die Antragsteller/in erklärt, dass keine direkten und/oder indirekten vertraglichen Beziehungen mit der Kurverwaltung Meran bestehen, weder persönlich noch, soweit bekannt, durch Verwandte oder Verschwägerte bis zum zweiten Grad, Ehepartner, eingetragene Lebenspartner oder Lebensgefährten.

Oder:

Es bestehen folgende direkte und/oder indirekte vertragliche Beziehungen mit der Kurverwaltung Meran:

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

10. Der/die Antragsteller/in ist sich bewusst und akzeptiert, dass die Kurverwaltung Meran berechtigt ist, Besichtigungen der vorgeschlagenen Immobilie durchzuführen. Der/die Antragsteller/in verpflichtet sich bereits jetzt, den Zugang zu der Immobilie zu ermöglichen – auch falls diese von Dritten genutzt wird – und alle weiteren zweckdienlichen Informationen bereitzustellen.

11. Der/die Antragsteller/in nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass alle erforderlichen Genehmigungen, Aktualisierungen oder Anpassungen bezüglich Bauvorschriften, Sicherheits- und Brandschutzbestimmungen sowie sonstige gesetzliche Erfordernisse im Zusammenhang mit den Fertigstellungsarbeiten und/oder funktionalen Anpassungen und/oder der Betriebsaufnahme ausschließlich auf eigene Kosten erfolgen.

12. Der/die Antragsteller/in nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Ausschreibung Prot. Nr. 0003317 vom 23/07/2025 ausschließlich der Markterhebung dient und der vorliegende Antrag keine Verpflichtung für die Kurverwaltung Meran begründet, da er ausschließlich der Einholung von Interessenbekundungen und der Beteiligung möglichst vieler Bieter dient. Die Ausschreibung stellt weder ein „Angebot an die Öffentlichkeit“ im Sinne des Art. 1336 ZGB noch ein „öffentliches Versprechen“ im Sinne des Art. 1989 ZGB dar.

13. Der/die Antragsteller/in nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass der vorliegende Antrag keine Rechte und/oder Ansprüche für den Bieter begründet und dass die Kurverwaltung Meran sich ausdrücklich das Recht vorbehält:

• das Verfahren jederzeit zu unterbrechen und/oder zu widerrufen und/oder aus der weiteren Verhandlung und/oder der Vertragsunterzeichnung auszusteigen, unabhängig vom Verfahrensstand;

• die Bewertung auch dann vorzunehmen, wenn nur ein einziges gültiges Angebot vorliegt;

• kein Angebot auszuwählen, falls keines den Anforderungen der Verwaltung entspricht.

14. Der/die Antragsteller/in nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Kurverwaltung Meran keinerlei Provisionen und/oder Honorare für etwaige Vermittler und/oder Immobilienagenturen bezahlt.

15. Der/die Antragsteller/in nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Kurverwaltung Meran keinerlei Erstattung für eingereichte Unterlagen oder Aufwendungen jeglicher Art gewährt; die eingereichte Dokumentation wird den Akten beigelegt und nicht zurückgegeben, auch nicht teilweise.

16. Der/die Antragsteller/in erklärt, über die Verarbeitung personenbezogener Daten sowie über deren Zwecke informiert worden zu sein, gemäß der Mitteilung des Verantwortlichen der Datenverarbeitung gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie zum freien Datenverkehr.

17. Der/die Antragsteller/in erklärt, dass alle Mitteilungen im Zusammenhang mit der Ausschreibung an folgende zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) gesendet werden können: administrationmerano@pec.it

BEILAGEN:

a) Kopie des Personalausweises des/der Antragstellenden.

Ort und Datum

................

Unterschrift

................

Ich erkläre, gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 – Datenschutz-Grundverordnung –, dass ich darüber informiert bin, dass meine angegebenen Daten entsprechend der der Ausschreibung beigefügten Datenschutzerklärung verarbeitet werden.

Ort und Datum

................

Unterschrift

................